

Warum eine Energiepreis-Subvention Verpufft

Lion Hirth

Version 2022-10-13

Latest version: neon.energy/subvention-verpufft

Als Antwort auf die hohen Gaspreise wünschen sich viele, dass der Staat die Preise senkt – also eine Subvention auf den Gaspreis einführt. Dahinter steht oft die Hoffnung, dass Betriebe, die aufgrund der hohen Preise bereits ihre Produktion gedrosselt haben, nun wieder anfahren. In der aktuellen Situation ist dies ein Irrglaube.

Genau deswegen hat die Gaskommission eben gerade keine Subventionierung des Preises vorgeschlagen, sondern eine finanzielle Entlastung von Menschen und Unternehmen.

Hier nochmal erklärt:

1. Wir haben nicht mehr Gas als wir haben

Nach Mitteleuropa fließt Gas aus drei Quellen: Russland, Norwegen und über Flüssiggas-Importterminals aus der ganzen Welt. Russland liefert nicht, Norwegen kann die Produktion nicht mehr ausweiten, und die Flüssiggas-Terminals sind bereits voll ausgelastet. Neue Terminals werden gebaut, brauchen aber Zeit.

Mit anderen Worten: Mitteleuropa kann in der aktuellen Situation nicht mehr Gas importieren, völlig egal, welchen Preis man bereit ist zu zahlen.

Das verfügbare Angebot an Gas ist also fix, mehr gibt es nicht!

2. Der Gasmarkt ist ein Eimer

Da die Menge an verfügbarem Gas in der aktuellen Situation unveränderlich ist, gilt natürlich: Wenn ein Betrieb die Produktion wieder anfährt und mehr verbraucht, muss ein anderer Betrieb weniger verbrauchen oder abschalten (oder private Haushalte den ihren Verbrauch einschränken).

Die Hoffnung, dass die gasintensive Industrieproduktion auf breiter Front kurzfristig wieder anfährt, ist also eine Unmöglichkeit. Man kann nicht mehr Gas verbrennen als man hat.

Der Gasmarkt ist aktuell also wie ein Eimer, der sich über den Winter leert: Wenn man jetzt an einer Stelle mehr verbraucht, muss man irgendwann woanders weniger entnehmen – dies wird spätestens dann unvermeidlich, wenn der Eimer leer ist.

Das ist keine ökonomische Theorie und keine Ideologie, sondern physikalische Realität.

3. Der Preis steigt bis genug gespart wird

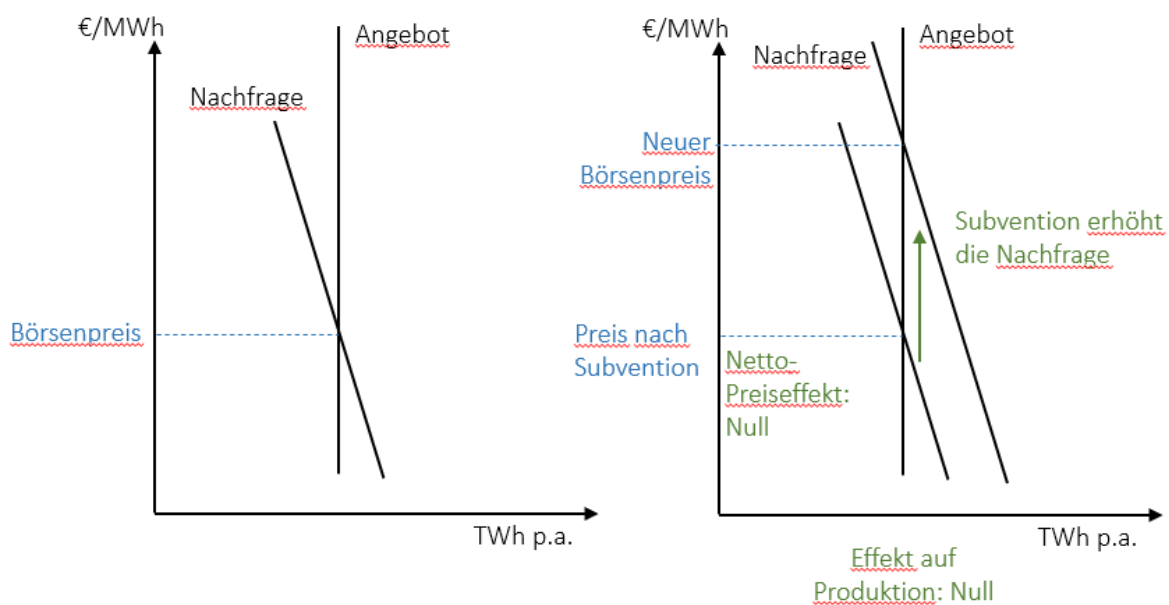
In dieser Lage bildet sich der Gaspreis an den Energiebörsen nach einem einfachen Prinzip: Der Preis für Gas steigt immer weiter – und zwar so lange, bis genügend Industriebetriebe ihren Verbrauch einschränken (weil eine Produktion nicht mehr lohnt). Damit passt sich die Nachfrage dem fixen Angebot an.

Ökonomen drücken das technisch aus: Die Nachfrage setzt den Preis.

4. Wie eine Gaspreissubvention verpufft

Senkt der Staat nun den Gaspreis, in dem er den Gasverbrauch mit Steuergeld subventioniert, passiert Folgendes: Industriebetriebe wie z.B. Ammoniak- und Papierfabriken, die ihre Produktion heute bereits wegen des hohen Gaspreis eingeschränkt haben, werden wieder hochgefahren, weil sich die Produktion wieder lohnt: Der Gasverbrauch erhöht sich.

Daraufhin muss der Börsenpreis für Gas steigen – dies ist ja der Mechanismus, der die Nachfrage dem Angebot anpasst. Und zwar um exakt die Höhe der Subvention! Warum? Weil die Nachfrage ja auf das exakt gleiche Niveau reduziert werden muss auf dem sie vor der Subvention war, muss der Nettopreis (Börsenpreis minus Subvention) genau dem alten Preisniveau entsprechen. Die Subvention hebt sich also selbst aus – kein Euro bleibt bei den Unternehmen oder deren Beschäftigten.



5. Man könnte das Geld auch gleich nach Norwegen überweisen

Stattdessen geht das Geld in vollem Umfang an Gaslieferanten – also nach Norwegen und die Betreiber der LNG-Terminals.

Man könnte das Geld auch direkt nach Oslo überweisen, anstatt eine Gassubvention einzuführen. Das ökonomische Ergebnis wäre identisch.

6. Die einzige Gasquelle: Es unseren Nachbarn wegnehmen

Die einzige Möglichkeit, der deutschen Industrie mehr Gas zur Verfügung zu stellen, wäre, es unseren Nachbarn wegzukaufen.

Der Grund ist, dass die Niederlande, Dänemark, Tschechien, die Schweiz und Österreich mit uns in einem Boot sitzen: In dieser Region können wir kurzfristig wegen der begrenzten Flüssiggas-Kapazitäten kein zusätzliches Gas importieren.

Wenn also nun die deutsche Bundesregierung eine Gassubvention einführen würde (und andere Länder nicht nachziehen würden), dann würde damit der Preis für Gas nach oben getrieben, und Industriebetriebe in unseren Nachbarländern würden aus dem Markt gedrängt.

Effektiv würde man mit deutschem Steuergeld der Industrie in Europa das Gas wegkaufen.

Dies wäre zum Einen unsolidarisch gegenüber unseren EU-Partnern und zahlt in der Folge auf ein zentrales Ziel von Putin ein: Die EU zu schwächen und zu spalten. Zudem würde es absehbar einen Subventionswettlauf in der EU in Gang setzen, bei dem alle verlieren (und die Gaslieferanten gewinnen). Das ist keine gute Idee.

7. Die Regierung kann Geld verteilen, aber kein Gas

Wenn man die Option „Gas unseren Nachbarn wegkaufen“ ausschließt, ist die bittere Wahrheit: Die deutsche Bundesregierung kann mit ihrem Entlastungspaket zwar Geld verteilen, aber kein Gas.

8. Finanziell entlasten, ohne den Gasverbrauch anzuheizen

Der beste Weg, mit dieser Krise umzugehen ist deshalb: Der Staat entlastet Menschen, Betriebe und Beschäftigte finanziell, ohne den Gasverbrauch anzuheizen. Er verteilt Euros, nicht Kilowattstunden.

Genau dies hat die Gaskommission vorgeschlagen: Haushalte erhalten einen Rabatt, und zwar auch dann in voller Höhe, wenn sie Gas einsparen. Der Sparanreiz bleibt erhalten.

Die Industrie erhält einen vergünstigten Gaspreis, darf diese Unterstützung jedoch auch dann behalten, wenn sie das Gas weiterverkauft. Diese Regelung ist zwingend notwendig, um den Verpuffungseffekt zu vermeiden. Das Gas wird somit dort in der Volkswirtschaft verbraucht, wo es aktuell den größten Nutzen stiftet. Der Gasverbrauch wird nicht angeheizt, Sparerfolge werden nicht zurückgedreht, der Gaspreis wird nicht in die Höhe getrieben.

Die Unternehmen erhalten finanzielle Mittel für Standort- und Arbeitsplatzsicherung sowie Zukunftsinvestitionen. Um dies abzusichern, schlägt die Kommission vor, dass die Industrie eine Standortgarantie abgeben muss, um in den Genuss der Unterstützung zu kommen.

Übrigens hilft der Mechanismus eben auch gerade den am stärksten betroffenen Unternehmen, die die Produktion einstellen mussten oder müssen und belohnt auch diejenigen Unternehmen, die bereits gespart haben. Eine Gaspreissubvention tut beides nicht.